

**Referat vor dem Ev. Arbeitskreis der CDU in Niedersachsen
am 26. April 2003 in Rotenburg/Wümme**

***Mehr Himmel auf Erden*
Biblische Visionen im persönlichen und politischen Leben**

Herr Landesvorsitzender, Herr Landtagspräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

1. Zum Einstieg

Mehr Himmel auf Erden – so wird das Motto unseres Landeskirchentages lauten, den wir für den 26. Juni nächsten Jahres vorbereiten. Wer anders als die christlichen Kirchen verfügt über einen solchen Schatz an Visionen, wie er uns in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments geschenkt ist. Gerade in dem Jahr der Bibel ist es unser Recht und unsere Pflicht, wie es die theologische Erklärung von Barmen 1934 in ihrer sechsten und letzten These formuliert hat, „die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk“.

Auf dem Landesparteitag der niedersächsischen CDU am 23. 11. 2002 in der Weser-Ems-Halle in Oldenburg habe ich versucht, biblisch begründete Zuversicht in die Herzen und Köpfe der Delegierten transportieren zu helfen. Dass der an diesem Morgen ausgelöste Schwung am 2. Februar d.J. zu solch einem überragenden Wahlerfolg führen könnte, hätte ich mir damals nicht träumen lassen. Aber nun muss es tatsächlich darum gehen, wie Sie in der Einladung zu dieser Tagung schreiben, „Christliche Werte als Fundament politischen Handelns in schwieriger Zeit“ im persönlichen und politischen Leben zu vermitteln und umzusetzen. Dazu bedarf es immer neuer Vergewisserung in unserem christlichen Glauben, Lieben und Hoffen, damit in Familie und Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik mehr Himmel in unser aller Leben sichtbar und wirksam wird.

2. Zur biblisch-theologischen Begründung

Ein großer Bogen der Hoffnung spannt sich von der Vision des Propheten Jesaja durch die jüdisch-christliche Theologie zur Offenbarung des Johannes am Ende der Heiligen Schrift. In Jesaja 65, 17 verkündigt der Prophet die Absicht Gottes: „Siehe, ich will einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen, dass man der vorigen nicht mehr gedenken und sie nicht mehr zu Herzen nehmen wird. Freuet euch und seid fröhlich immerdar über das, was ich schaffe.“ Daran knüpft etwa 600 Jahre später der Seher Johannes an, wenn er in Offenbarung 21, 1 schreibt: „Ich sah einen neuen Himmel und eine neue Erde; denn der erste Himmel und die erste Erde sind vergangen, und das Meer ist nicht mehr.“ Dann beschreibt er das Bild eines neuen Jerusalem, „von Gott aus dem Himmel herabkommen, bereitet wie eine geschmückte Braut für ihren Mann“ (V. 2).

Und dann heißt es unnachahmlich tröstlich: „Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid, noch Geschrei, noch Schmerz wird mehr sein; denn das Erste ist vergangen. Siehe, ich mache alles neu!“ (V. 4).

Diesen Bogen der Hoffnung habe ich am 2. März 2003 im Haus der Stille der Gedenkstätte Bergen-Belsen in den trostlosen Raum gestellt, als sich Familien der Sinti und Roma versammelt hatten, um sich an die großen Massendeportationen aus Norddeutschland in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau vor 60 Jahren zu erinnern. Dabei habe ich wörtlich gesagt: „Himmel ist uns verheißen, nicht die Hölle von Auschwitz und Bergen-Belsen. Nicht die unaufhörliche Wiederholung von Anfang und Ende ist uns in Aussicht gestellt, sondern die neue Schöpfung auf immer und ewig. Himmel ist uns verheißen, nicht die Hölle vom 11. September 2001 oder die Vergeltung des Bösen durch Böses. Nicht das unaufhörliche Rotieren in den Teufelskreisen von Unrecht und Krieg ist uns biblisch in Aussicht gestellt, sondern Gottes Reich mit einem himmlischen Anfang ohne irdisches Ende. Leben ist angesagt in der ungebrochenen Hoffnung auf den uns offenbarten und geglaubten Christus als Retter aus Sünde, Not und Tod.“

Selbstverständlich haben viele der Besucher die große Spannung wahrgenommen zwischen der irdischen Realität, in der wir tagtäglich als Einzelne und als Gemeinschaft leben, und dem Himmlischen, was Juden auf ihre Weise und wir Christen auf unsere Weise von Gottes Reich erhoffen und erwarten. Diese Spannung zwischen Welt und Himmel, zwischen Zeit und Ewigkeit, zwischen menschlich-allzumenschlicher Wirklichkeit und göttlicher Weisheit und Barmherzigkeit kann von sterblicher Seite nicht aufgelöst werden. Aber diese Spannung zwischen dem „schon“ der Liebe Gottes in seiner Schöpfung und dem „noch nicht“ der Vollendung dieser Welt in Herrlichkeit soll und kann fruchtbar gemacht werden für mehr Himmel auf Erden, damit in dieser Zeit und Welt fröhlicher gelebt und getroster gestorben werden kann. Dieser eschatologische Horizont mit seinem Blick auf die letzten Dinge führt eben nicht zur Vertröstung auf einen St.-Nimmerleinstag, wie es dem Christentum häufig vorgeworfen worden ist, sondern diese Botschaft vom neuen Himmel und einer neuen Erde war und ist für Christenmenschen tragender Grund und treibende Kraft für diese von Gott geschenkte Zeit und Welt.

Bevor wir uns nun unter diesem Regenbogen biblischer Verheißung und Hoffnung, also unter dem Dach des Himmels konkreten Herausforderungen auf dieser an sich reichen und schönen Erde zuwenden, lassen Sie mich noch eine kleine Geschichte erzählen, deren Schauplatz kein erstrebenswertes Ziel ist.

Die Hölle war total überfüllt. Noch immer stand eine lange Schlange am Eingang. Schließlich sagte der Teufel: Jetzt ist nur noch ein Platz frei, den muss der ärgste Sünder bekommen. Als er alle in der Schlange nach ihren Verfehlungen gefragt hatte, sah er noch einen Menschen, der etwas abseits stand. Was haben Sie getan? – Nichts, sagte der Mann. Ich bin ein guter Mensch und nur aus Versehen hier. Da sagte der Teufel: Jeder Mensch stellt etwas an. Aber der Mann: Ich sah es wohl, aber ich hielt mich davon fern. Ich sah, wie Menschen ihre Mitmenschen verfolgten. Aber ich beteiligte mich niemals daran. Sie haben Kinder verhungern lassen und in die Sklaverei verkauft, sie haben auf den Schwachen herumgetrampelt und die Armen zertreten. Ich allein widerstand der Versuchung und tat nichts. – Sie taten nichts? fragte der Teufel ungläubig. – Absolut nichts, beteuerte der Mann am Ende der Schlange. Da sagte der Teufel: Komm herein, mein Sohn, der Platz gehört dir. – Und als er den „guten Menschen“ einließ, drückte sich der Teufel zur Seite, um mit ihm nicht in Berührung zu kommen.

Mit dieser Geschichte werden wir unmissverständlich davor gewarnt, uns aus allem, was das Leben gefährden und zur Hölle machen kann, herauszuhalten, einfach nichts zu tun, was Schaden vermindern oder gar verhüten könnte. Zwar ist uns Christen in der Bibel nicht verheißen, den Himmel auf Erden zu verwirklichen. Wohl aber ist uns aufgetragen, allein und mit anderen zusammen für mehr Himmel im irdischen Alltag zu sorgen. In vielen Lebenssituationen gelingt es uns durch die Art, wie wir in Ehe und Familie, in Nachbarschaft und Kommune, in Kirche und Partei miteinander umgehen, mehr Licht ins Dunkel dieser Welt zu bringen. Aber wir stoßen oft genug bei uns selbst und bei anderen auf Grenzen, nicht nur der Machbarkeit, sondern auch der Zielbestimmung, für wen bei unterschiedlichen Interessen mehr Himmel zu erstreben, zu erstreiten oder gar zu erkämpfen ist. Schon im noch überschaubaren Bereich des Berufes oder des ehrenamtlichen Engagements, erst recht aber in der Politik geht es unaufhörlich um das Ausgleichen von nicht selten gegenläufigen Interessen. Auf die gegenwärtigen Diskussionen um soziale Gerechtigkeit im Inneren unseres Landes und um geeignete oder noch vertretbare Maßnahmen zur Überwindung von Gewalt in anderen Ländern kommen wir noch zu sprechen.

Wer für mehr Himmel auf Erden eintreten will, um nicht auf dem heißesten Platz in der Hölle zu landen, fragt als Privatmann und als Politikerin nach den Kriterien des Evangeliums für das persönliche und politische Handeln aus christlicher Verantwortung. Dabei kann der müßige Streit um ein striktes Auseinanderhalten der Zwei Reiche, wie es in der Lutherischen Orthodoxie gelehrt worden ist, spätestens nach dem zweiten Weltkrieg als überwunden gelten.

So schreibt Dr. Hermann Ehlers als Oberkirchenrat der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg und als Präsident des Deutschen Bundestages in der ersten Ausgabe der Evangelischen Verantwortung vom März 1953 im Blick auf evangelische Menschen in politischer Verantwortung:

„Sie hatten gelernt, dass die Vorstellung weiter evangelischer Kreise, Glaube und Bekenntnis hätten mit der Politik nichts zu tun, falsch ist. Die lange über 1918 hinaus wirkende Meinung, dass der Staat die Gewähr für die Vertretung der christlichen Anliegen in der Politik biete und der einzelne evangelische Christ darum einer Konkretisierung seiner politischen Verantwortung enthoben sei, brach im Hitler-Staat endgültig zusammen.“

Von dem erwünschten und notwendigen „Zeugnis“ evangelischer Abgeordneter auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene ist die Rolle der verfassten Kirche im Einwirken auf die politische Verantwortung zu unterscheiden. In der jüngsten Oster-Ausgabe der Evangelischen Zeitung (EZ) in Niedersachsen hat der Bundespräsident noch einmal betont: „Die Kirchen müssen nicht Politik machen, sondern Politik möglich machen.“ (S. 4) Es ist eine hypothetische Frage, ob Politik ohne kirchlichen Einfluss demnach unmöglich sei. Gemeint ist der Anspruch evangelischer wie auch katholischer Kirche, mit christlichen Werten zu einem tragfähigen Fundament menschenfreundlicher und gottesfürchtiger Politik beitragen zu können und zu müssen.

Mitunter begegnet man der aufgeklärten Meinung, als sei nach der Formulierung des kategorischen Imperativs durch Immanuel Kant in seiner „Kritik der praktischen Vernunft“ biblisches Gedankengut überholt. Dagegen ist für mich das biblische Gebot der Nächstenliebe unverzichtbar. Während der Philosoph Kant postuliert: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne“, fordert der Theologe aus Nazareth in Aufnahme mosaischer Tradition: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ (3. Mose 19,18 und Matthäus 22,39) Das biblische Liebesgebot ist tiefer und umfassender, weil es über das gängige „Wie du mir, so ich dir“ hinaus dem Schwachen und dem Feind solche Liebe erweisen will, wie ich sie mir selbst im Falle sozialer Not und geistiger Verblendung vielleicht einmal wünschen würde. Darüber hinaus stellt Jesus in seinem Doppelgebot der Nächstenliebe die Gottesliebe voran. Beide Aspekte umfassender Zuwendung zum Höchsten und zum Nächsten haben in den 10 Geboten einerseits (2. Mose 20) und der Bergpredigt andererseits (Matthäus 5 – 7) ihren visionären Niederschlag gefunden.

Der Dekalog wird eingeleitet durch den Hinweis auf die Befreiung aus der Sklaverei: „Ich bin der Herr, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft geführt habe.“ (2. Mose 20,2) Erst auf dem Grund dieser Heilstat Gottes folgen die 10 kürzeren oder längeren Sätze, deren hebräischer Wortlaut nicht mit „Du sollst“ sondern mit „Du wirst keine anderen Götter haben neben mir“, „Du wirst nicht töten“, „Du wirst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“ zu übersetzen ist. Und was die Bergpredigt angeht, so stellt Matthäus die acht Seligpreisungen allen weiteren Ausführungen Jesu zum Töten und Ehebrechen, zum Schwören und zur Feindesliebe, zum Beten und zum Fasten voran. „Selig sind, die da Leid tragen; denn sie sollen getröstet werden.“ – „Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit; denn sie sollen satt werden.“ – „Selig sind die Friedfertigen (oder: die Frieden stiften); denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ (Matthäus 5, 1-12)

Dass man mit der Bergpredigt keine Politik machen könne, wie Helmut Schmidt einmal sehr apodiktisch festgestellt hat, trifft für die konkrete Umsetzung biblischer Vision und Weisung wohl zu. Aber als Orientierungsrahmen, als Zielrichtung und als Schubkraft für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung sind die Bergpredigt, die 10 Gebote und das Doppelgebot der Liebe ungebrochen notwendig, damit sich mehr Himmel auf der Erde ausbreitet.

Bevor ich mich exemplarisch einigen zum Teil strittigen Themen der Gegenwart zuwende, möchte ich kurze Thesen zur politischen Verantwortung aus evangelischer Sicht vortragen. Sie sind entstanden in meiner Zeit als Beauftragter der Rheinischen, Westfälischen und Lippischen Kirche bei Landtag und Landesregierung in Düsseldorf von 1995 – 1998.

Mit der „Botschaft von der freien Gnade Gottes“ (Barmer Theol. Erklärung 1994, VI) nimmt die christliche Gemeinde auch öffentliche Verantwortung in Gesellschaft und Politik wahr.

Sie tritt für Gerechtigkeit und Freiheit, für Frieden und Bewahrung der Schöpfung „in der noch nicht erlösten Welt“ (Barmen, V) ein.

Aus eigener Kraft oder in Zusammenarbeit mit anderen Trägern setzen sich christliche Gemeinden dafür ein, dass Menschlichkeit gefördert, Unheil vermieden und Not gewendet wird.

Kirchliche Diakonie hat stets zugleich den einzelnen Menschen und die Strukturen der Gesellschaft im Blick.

Kirche befürwortet die Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität sowohl im kirchlichen als auch im gesellschaftlich-politischen Raum.

In der parlamentarischen Demokratie mit ihrer Gewaltenteilung sieht die Kirche eine gute Möglichkeit für ihre Mitglieder, sich an der politischen Willensbildung zu beteiligen.

Die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Parteien soll dem Wohle der Menschen dienen.

Bei allem notwendigen Streiten um politische Ziele und konkrete Gesetzgebung tritt Kirche für die Belange der Schwachen ein.

Kirche begleitet das Tun der politisch Handelnden mit kritischer Anteilnahme und in der Fürbitte vor Gott.

Kirche stellt sich selbst im Blick auf ihr eigenes Handeln der öffentlichen Kritik, weiß sich aber in allem an die „clausula Petri“ gebunden: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg. 5, 29).

Die Knappheit dieser Aussagen zum Verhältnis von Politik und Kirche bedarf vielleicht der Erläuterung und des Gespräches. Aber die Thesen beschreiben den theologischen Hintergrund, von dem aus ich mich nun einigen Beispielen persönlicher und politischer Praxis zuwenden möchte. Übrigens sind die Thesen abgedruckt in einem Beitrag zur Broschüre des Landesvorstandes Oldenburg der Jungen Union. Das Heft aus dem Jahre 2000 trägt den Titel: „Das C in der Politik zwischen Anspruch und Wirklichkeit“.

3. Zur Praxis persönlichen und politischen Handelns

In vier gedanklichen Schleifen möchte ich Themenbereiche streifen, in denen mehr Himmel der Erde mit ihren Menschen und Völkern gut täte. Das ein oder andere Thema werden Sie vermutet oder erwartet haben, andere Stichworte werden Sie vermissen, darüber können wir in der Aussprache miteinander reden. Der erste Gedankenkreis mag Sie überraschen.

a. Fehlerfreundlichkeit und Entschuldigung

Im Jahre 1995 hatte sich der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, zum Ethos der Öffentlichkeit im Braunschweiger Dom geäußert (Frankfurter Rundschau 9.12.1995, Seite 16). Der Mathematiker und Politiker stellte u. a. fest: „Die Gnadenlosigkeit der Politik macht die Demokratie kaputt.“ Unsere Leistungsgesellschaft, so der gelernte DDR-Bürger, habe „einen Hang zur Gnadenlosigkeit, in der jeder Fehler hart bestraft wird“. Wir merken natürlich auch in Westdeutschland, wie man mit Menschen umgeht, die tatsächliche oder vermeintliche Fehler machen oder Schwächen haben und deshalb – trotz ihrer unbestrittenen Stärken – nicht mehr in das politische Konzept passen. Welch dickes Fell müssen Menschen in der Politik haben oder entwickeln, um nicht bei jedem Nadelstich sogenannter Freunde sogleich aufzuschreien oder in dem eisigen Schweigen der Weggefährten zu erfrieren? Und welche Gefahr kann heraufziehen für die politisch Handelnden selbst und das Gemeinwohl insgesamt, wenn das Fell so fest und undurchdringlich wird, dass berechtigte Kritik und guter Rat nicht mehr in Herz und Verstand durchdringen? Höppner, der aus dem Lande Luthers kommt, erinnerte sich an die Frage des Reformators: Wie bekomme ich einen gnädigen Gott? Seine Antwort, die er aus der Rechtfertigungslehre bezogen hat, mündete in der Forderung nach einer fehlerfreundlichen Welt. „Eine gnädige Welt als Gegenstück zu einer gnadenlosen Welt wäre eine Welt, in der auch Politiker Fehler machen dürfen, in der nicht der Fehler selbst über das Schicksal entscheidet, sondern die Frage, wie er mit diesem Fehler umgeht, was er daraus lernt, wie er ihn wieder repariert. Dann müssen wir freilich auch unterscheiden lernen zwischen verantwortungsloser Unzuverlässigkeit, die heute locker sagt: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?, und verantwortlichem Handeln, das bereit ist, neue Erkenntnisse aufzunehmen und dazu zu lernen.“

Ich habe auf einer Akademietagung von Politikern und evangelischen Christen diesen Gedanken aufgenommen und die Begriffe „hesed“ und „charis“, die über 150 mal in der Heiligen Schrift vorkommen, mit dem Gedanken der Fehlerfreundlichkeit in Verbindung gebracht.

Man hört dann alte Texte ganz neu und aktuell. Wie fehlerfreundlich, wie gnädig schildert Jesus den Vater in dem Gleichnis von dem verlorenen Sohn, oder, besser noch, von den verlorenen Söhnen. Wie anders klingt es in dem bekannten Psalm 103, dem hohen Lied der Barmherzigkeit Gottes, wenn man so formuliert: „Barmherzig und fehlerfreundlich ist der Herr, geduldig und von großer Güte. Denn so hoch der Himmel über der Erde ist, lässt er seine Fehlerfreundlichkeit walten über denen, die ihn fürchten.“ Wer das eine Zeit lang ausprobiert und im täglichen Leben, zuhause, in der Gemeinde, in Gesellschaft und Politik umzusetzen versucht, merkt dann vielleicht, welche Tiefe und welche Weite über die Fehlerfreundlichkeit hinaus in den theologischen Grundbegriffen der „gratia“ und „Gnade“ liegt.

In kritischem Gegengewicht muss aber dann auch an die andere Seite der Medaille erinnert werden. Mit der schnell verwendeten Chiffre „menschliches Versagen“ lässt sich vieles kennzeichnen und auch verdecken. Damit nicht das Missverständnis von Hochmut aufkommt – wir alle machen persönlich und beruflich hin und wieder Fehler, treffen falsche Entscheidungen und müssen dafür gerade stehen. Aber als Christenmenschen haben wir doch – hoffentlich – gelernt, um Entschuldigung zu *bitten* – Gott und den Mitmenschen. Der Verfall christlicher Moral ist weit fortgeschritten, wenn immer wieder in der Öffentlichkeit und privat von Menschen, die einen Fehler begangen oder Schuld auf sich geladen haben, freimütig verkündet wird: *Ich* entschuldige *mich*. Jeder Mensch bedarf der *Entschuldigung* durch die, deren Vertrauen missbraucht worden ist. An diesen sich immer wiederholenden Beispielen im öffentlichen Leben ist mir deutlich geworden, welch ungeheure Aktualität die Rechtfertigungslehre hat. Selbstverständlich müssen mildernde Umstände im Einzelfall berücksichtigt werden, selbstverständlich gilt im Zweifel das alte Prinzip in dubio pro reo. Wer aber meint, sich selbst entschuldigen zu können, bedarf des intensiven Nachhilfeunterrichtes in Sachen göttlicher Demut und sozialer Verantwortung. Mehr Himmel auf Erden entsteht mit Sicherheit dort, wo Schuld eingestanden wird und möglicherweise nach einer Zeit des Bedenkens vergeben werden kann.

b. Lebensanfang und Lebensende

Mit großem Interesse nehme ich wahr, wie der evangelische Arbeitskreis der CDU / CSU sich in die gesellschaftliche und politische Diskussion um die Bioethik und Biotechnik einbringt. In der April-Nummer der Evangelischen Verantwortung wird eine Pressemitteilung vom 13.03.03 dokumentiert, in der das Votum des Deutschen Bundestages gegen jede Form des Klonens begrüßt und vor einem falschen Freiheitsbegriff in der Forschungsfrage gewarnt wird. Die Forderung Thomas Rachels nach einem ethisch begleiteten Fortschritt, der der Menschenwürde dient, ist voll zu unterstützen. Bereits in dem Märzheft der Evangelischen Verantwortung kam Wolfgang Huber mit einem Beitrag zur Präimplantationsdiagnostik zu Wort. Seine Einschätzung, dass sich mit dieser Methode mehr Gefahren als Chancen verbinden, teile ich. „Denn unausweichlich würde die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik ein Denken in Kategorien der Selektion bestärken, die Tendenz zu einer Praxis der „Schwangerschaft auf Probe“ fördern und damit den Lebensschutz insgesamt aushöhlen.“ (S. 6)

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat auf ihrer Tagung im November 2002 eine Kundgebung zum Schwerpunktthema „Was ist der Mensch“ verabschiedet. Darin ist der Versuch unternommen worden, das christliche Verständnis vom Menschen in groben Zügen zu beschreiben und es nach innen und nach außen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um das Menschenbild einzubringen. In dieser Kundgebung wird auch in Kurzform die Diskussion aufgenommen, die in der Kirche wie in der ganzen Gesellschaft seit Jahren über den Anfang und das Ende menschlichen Lebens geführt wird.

Bereits im August 2002 hatte die EKD in ihrem Text 71 eine Argumentationshilfe zu den aktuellen Fragen in der Medizin und der Bioethik unter dem Titel „Im Geist der Liebe mit dem Leben umgehen“ herausgegeben. Darin wird zu den konkreten Problemen am Anfang menschlichen Lebens festgestellt: Es besteht „Einmütigkeit darüber, dass die Menschenwürde und der Lebensschutz, der den Menschen fraglos zukommt, bis in die allerersten Anfänge des Menschseins reicht und einen ethischen Schutzanspruch begründet. Uneinigkeit besteht jedoch darüber, ob alle menschlichen Embryonen als Menschen zu verstehen sind und ihnen deshalb Würde und Lebensschutz in vollem Umfang zukommt.“

W. Huber vertritt in seinem Beitrag für die Evangelische Verantwortung die These, dass das Leben ein Geschenk bleibt. Dabei weicht er der Frage nicht aus: „Kann oder muss man gar auch behindertes Leben als geschenkt vorgegeben betrachten?“ Und er antwortet darauf: „Ja, man kann und muss es.“ Und er fährt dann fort: „Es gehört zu den dem menschlichen Leben gesetzten Grenzen, dass diese Begrenztheit im äußersten Fall als schwere Behinderung zum Ausdruck kommt. Angesichts dieser Grenzerfahrung ist zweierlei zugleich zu bedenken. Zum einen gilt es, menschliches Leben auch in seiner behinderten Gestalt zu achten, behinderte Menschen in ihrer gleichen und ungeteilten Würde zu respektieren und dieser Würde gemäß zu behandeln. Zum anderen aber stellt sich die Aufgabe, das Menschenmögliche zu tun, um die Behinderung zu lindern, Heilung zu versuchen und dazu beizutragen, dass Menschen mit ihrer Behinderung menschenwürdig leben können.“ Er beschließt dann diesen Gedankengang mit den Worten: „Eine solche Überlegung rechtfertigt nicht die Behinderung und erklärt sie auch nicht für gottgewollt. Es gibt keine Rechtfertigung der Behinderung, sondern nur eine Rechtfertigung des Menschen.“ (Seite 6)

Im Blick auf die Fragen am Ende menschlichen Lebens vertritt die EKD die bekannte Position, eine aktive Hilfe zum Sterben des Menschen abzulehnen, aber jede mögliche Hilfe beim Sterben (passive Sterbehilfe) zu befürworten. Eben ist die zweite Auflage der Christlichen Patientenverfügung erschienen. Aktuelle medizinische, juristische und theologisch-ethische Erkenntnisse sowie praktische Erfahrungen mit der ersten Auflage sind berücksichtigt worden. Einen ausgesprochen wertvollen Dienst bietet die Hospizbewegung Schwerstkranken und sterbenden Menschen mit ihren Angehörigen an, wenn eine ambulante Versorgung nicht mehr möglich ist. Menschliche Nähe in den letzten Wochen, Tagen und Stunden kann dazu beitragen, das irdische Leben in Würde ausklingen zu lassen. Dankbar für alles, was gelang, entschuldigt von allem, was missraten ist, und voller Zuversicht für „einen neuen Himmel und eine neue Erde nach Gottes Verheißung, in denen Gerechtigkeit wohnt“ (2. Petrus 3, 13).

Es wird viel zu viel einsam gestorben – bei Unfällen, in Bürgerkriegen und als Folge seelischen Schmerzes, längst bevor das Herz zum Stillstand kommt.

Mit der in Gründung begriffenen Hospizstiftung Niedersachsen wird es hoffentlich manchen Trägern leichter, genügend Räume zu schaffen, wo Zeit und Ewigkeit einander freundlich begegnen.

c. Gerechtigkeit und Frieden

Einen dauerhaften Frieden ohne ein Mindestmaß an Gerechtigkeit kann es nicht geben, weder im zwischenmenschlichen Bereich noch im Verhältnis von Völkergruppen oder Staaten untereinander. Schon im Psalm 85 wird dieser Zusammenhang gesehen, wenn in der Bitte um neuen Segen der Wunsch ausgesprochen wird, „dass Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (V. 11). Was die Frage sozialer Gerechtigkeit in der Bundesrepublik angeht, steht die Solidarität auf dem Prüfstand. Es ist die für mich entscheidende Frage, ob es in unserer freiheitlich demokratischen Republik den Tarifpartnern und der Politik im Widerstreit der Komponenten staatliche Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Konjunkturschwäche, europäische Gesetzgebung und internationaler Finanzmarkt gelingt, einen für die Mehrheit der Bevölkerung maßvoll gangbaren Weg zu finden, der die Reicheren nicht reicher und die Ärmeren nicht ärmer werden lässt. Um ein Umdenken in Gesellschaft und Politik und die Erarbeitung von Konzepten, die den Gesamtkomplex von Wirtschafts- und Sozialpolitik unter den schwierigen Rahmenbedingungen beinhalten, kommen wir nicht herum. Christenmenschen und Landeskirchen wären wohl die Letzten, die nicht ein Gesamtkonzept befürworten würden, das alle nach ihren Kräften in die Pflicht nimmt. Was die Diskussionen um Löhne, Renten, Sozialabgaben, Steuerbe- oder –entlastungen zunehmend erleichtern würde, wäre die Vorstellung eines Paketes von Maßnahmen, die allen Gruppierungen unserer Gesellschaft gewisse Einschränkungen zumuten, um die Marktwirtschaft sozial am Leben zu erhalten. Der Ratsvorsitzende der EKD, Präses Kock, hat es Mitte Januar in Berlin auf den Punkt gebracht: „Die Menschen müssen lernen, auf einzelne lieb oder bequem gewordene Ansprüche zu verzichten – und zwar nicht, weil der Sozialstaat demontiert werden soll, sondern weil er erhalten werden muss.“ (15.01.2003) Und an die Adresse der Politik hat sich Richard von Weizsäcker in einem Artikel Ende Februar gewandt: „Die wichtigste Aufgabe einer weitsichtigen Führung ist es, das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen. Hierzu bedarf es großer Überzeugungskraft und vor allem eines gewaltigen Mutes auf jenem Spielfeld, wo jede Wahrheit wie eine Grausamkeit wirkt und wo jeder, der sie ausspricht, von der Abstrafung durch die Wähler bedroht ist.“ (DIE ZEIT, 27.02.2003, S. 11)

Es war eine erfreuliche Entwicklung, wie sowohl die überwiegende Bevölkerung unseres Landes als auch die beiden großen Kirchen vor einem Irak-Krieg gewarnt haben. Die Bedenken sind im Nachhinein noch größer geworden, weil es so gut wie keine Argumente für einen militärischen Einsatz im Irak gibt. Wer von Grund auf Pazifist ist, wird jeglichem Versuch, einen Krieg zu begründen, widersprechen, auch wenn er Unterdrückung und Terror selber erleidet oder anderen zumutet. Wer als allerletzte Möglichkeit, größeren Schaden zu verhüten, einer ultima ratio militärischen Angriffs – wenn auch widerwillig – zustimmt, wählt genauso zwischen einem vermeintlich größeren oder kleineren Übel.

Und ohne Schuld vor Gott und den Menschen kommt keiner aus diesem teuflischen Dilemma heraus. Aber von einer ultima ratio Gebrauch zu machen, wenn noch nicht einmal die secunda oder tertia ratio ausgeschöpft worden sind, ist vermessen. Der Krieg der Mächtigen macht wieder Schule.

Das ist eine schlimme Entwicklung für die Völkergemeinschaft, in der die UNO bisher eine ausgleichende Funktion zwischen den politischen Blöcken von West und Ost, von reichen und armen Ländern, von demokratisch verfassten und religiös oder ideologisch gesteuerten Staaten hatte. Selbstmordattentate sind schrecklich und durch nichts zu rechtfertigen. Aber durch den Irak-Krieg wird die Anwendung von Gewalt in welcher Gestalt und zu welcher Konfliktlösung auch immer nicht zur Ruhe kommen. Dabei war in Bagdad die Chance gegeben, erstmals im 21. Jahrhundert einen Konflikt mit Geduld und nichtmilitärischen Mitteln zu lösen, zumal er ohnehin begrenzt war. Die Vorstellung, dass in Zukunft wieder der, der die Macht und die Mittel hat, darüber entscheidet, ob ein Krieg noch zu vermeiden oder unvermeidbar ist oder nur so erscheint, muss uns alle beunruhigen.

d. Identität und Verständigung

Das Begriffspaar dieser Überschrift schmückt den Titel einer Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland aus dem Jahre 1994. In ihr werden der Standort und die Perspektiven des Religionsunterrichts in der Pluralität untersucht. Darin wird u. a. festgestellt, dass die Menschen in unserer enger gewordenen Welt das fruchtbare Wechselspiel von gewachsener Identität und anzustrebender Verständigungsfähigkeit brauchen. Es bleibt auch heute unverzichtbar, die in unserem Kulturkreis wirksame biblisch-christliche Tradition, die auch mit der geschichtlichen Existenz in Deutschland verwoben ist, zu thematisieren. Es ist nicht etwa nur eine Schul-Aufgabe, sondern unumgängliche Notwendigkeit qualifizierter Bildung für jung und alt, den reichen Schatz biblischer Visionen und Werte für unsere Gesellschaft neu zu entdecken und ihn im Dialog mit anderen Religionen und Weltanschauungen glaubwürdig zu vertreten.

Eben hat die EKD ihre neueste Denkschrift unter dem Titel „Maße des Menschlichen“ herausgegeben. In der von der Kammer für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend vorbereiteten Denkschrift werden evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft aufgezeigt. Ohne eine mehrdimensionale Bildung, die einem ganzheitlichen Verständnis des Menschen Rechnung trägt, werden wir einer menschenfreundlichen und gottesfürchtigen Zukunft immer weniger gerecht. „Die evangelische Kirche versteht Bildung als Zusammenhang von Lernen, Wissen, Können, Wertebewusstsein, Haltungen und Handlungsfähigkeit im Horizont sinnstiftender Deutungen des Lebens. Dies Verständnis kann zum einen verhindern, dass Wissen und Handeln auseinander klaffen und eine sogenannte „Werteerziehung“ nur angeheftet wird, zum anderen bleibt bewusst, dass Unterricht mit jeder getroffenen Auswahl und didaktischen Zubereitung von Unterrichtsinhalten eine inhaltliche Bedeutung und Bewertung der Lebenswirklichkeit einschließt.“ (S. 66 und 67)

Was hier in kurzer Form für den Unterricht zusammengefasst ist, gilt für alle Bildungsbemühungen vom Kindergarten und Kindergottesdienst über die Schule und Ausbildung bis in das Berufsleben und das unverzichtbare Ehrenamt hinein, denen man ihre geistige und geistliche Identität ansehen und ihre Dialogfähigkeit bescheinigen soll.

4. Zum Schluss

Ein tiefes Gottvertrauen angesichts der Begrenztheit irdischen Lebens und der Brüchigkeit menschlicher Beziehungen zieht sich im ständigen Wechsel von Lob und Dank, von Klage und Bitte wie ein roter Faden durch die ganze Heilige Schrift. In besonderer Weise geben viele Psalmen sehr ehrliche Einblicke in die Gemütsverfassung und Gedankenwelt der Gläubigen, wenn sie zwischen Zweifel und Zuversicht hin- und hergerissen werden. Aber fast überall, selbst in der leidgeprüften Geschichte eines Hiob und in den depressiven Phasen des Apostels Paulus überwiegen immer wieder die hellen Töne der Hoffnung das tiefe Brummen der Verzweiflung.

Unter dem Bogen der Hoffnung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, wie sie uns bei Jesaja und Johannes verheißen sind, lässt es sich fröhlich leben und getrost sterben. Uns Christen ist nicht verheißen, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, wohl aber ist uns aufgetragen, allein und mit anderen zusammen für mehr Himmel im irdischen Alltag zu sorgen. Dass dieses uns allen und Ihnen im Evangelischen Arbeitskreis der CDU / CSU weiterhin gelingen möge und dadurch christliche Werte als Fundament politischen Handelns zu jeder Zeit ins Gespräch gebracht werden zum Wohle der Menschen und zur Ehre Gottes, das wünsche ich Ihnen und uns in Niedersachsen und darüber hinaus sehr.

Die himmlische Geduld, die Sie beim Hören dieses Referates an den Tag gelegt haben, möge Ihnen allen dereinst, ich will mich evangelisch ausdrücken: nicht zum Nachteil gereichen, in der katholischen Version dürfte es lauten: zugute kommen. Auf diesen kleinen Unterschied können und werden wir als Protestanten nicht verzichten. Ob und wie und wann wir dereinst im Reiche Gottes landen, bleibt seiner Weisheit und Barmherzigkeit vorbehalten. Selbst bei höchst verdienstvollen Menschen kann auch einmal etwas schief gehen, wie die kleine Geschichte, mit der ich nun schließen möchte, uns auf hoffnungs- und humorvolle Art deutlich macht.

Basilius hatte viel Gutes getan, der Himmel war ihm gewiss. Doch als er starb, geschah ein Irrtum. Irgendwie hatte der Himmelspfortner die falsche Tür geöffnet, so dass Basilius in die Hölle gelangte. Er hielt es jedoch für Gottes Willen und begann sogleich, Gott zu loben und zu preisen. Die Höllenflammen wurden, je länger Basilius lobte, kleiner und kleiner. Schließlich drohte das Feuer in der Hölle zu verlöschen. Entsetzt rannten die Teufel zum Himmel hinauf und baten, Basilius sofort abzuholen.

Für Ihre weitere Arbeit in evangelischer Verantwortung für diese Welt wünsche ich Ihnen Erfolg und hin und wieder himmlisches Vergnügen!

Peter Krug?